

## Ost-Berlin: Evangelischer Kirchentag im Jubiläumsjahr

Kaum war der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag in Frankfurt (vgl. HK, Juli 1987, 314–318) beendet, begann mit Eröffnungsgottesdiensten in mehreren Kirchen der Stadt am 24. Juni in Ost-Berlin ein Kirchentag der Berlin-Brandenburgischen Kirche, zu dem nicht nur Besucher aus dem Bereich der veranstaltenden Landeskirche, sondern auch aus anderen Regionen der DDR kamen. Kurz vor dem Mauerbau war Berlin 1961 Schauplatz des letzten gesamtdeutschen Kirchentags. Seither gibt es im Unterschied zur Bundesrepublik in der DDR nur noch *regionale Kirchentage*. Insgesamt sieben solcher Kirchentage konnten im Lutherjahr 1983 abgehalten werden (vgl. HK, November 1983, 500–503); zusammengekommen nahmen an den Treffen mehr als 200 000 Menschen teil, davon allein über 100 000 am Kirchentag in Dresden. Damals blieb Ost-Berlin als Veranstaltungsort ausgespart: Vermutlich schien den staatlichen Stellen das Risiko einer kirchlichen Großveranstaltung in Ost-Berlin mit seinen vielen Westbesuchern und seiner einheimischen Protestszene zu groß; auch der Symbolwert eines Kirchentags in der Hauptstadt der DDR konnte Staat und Partei kaum ins Konzept passen.

### Schwierigkeiten mit dem „Kirchentag von unten“

Auch gegen den Kirchentag in Ost-Berlin als Höhepunkt der kirchlichen Feiern zum ansonsten (in Ost und West) mit kaum mehr überbietbarem Aufwand begangenen 750jährigen Jubiläum der Stadt gab es auf staatlicher Seite Vorbehalte: So wurde der Kirchentagsorganisation erst aufgrund einer persönlichen Entscheidung von Staats- und Parteichef *Erich Honecker* ein Stadion für den großen Abschlußgottesdienst am Sonntag, dem

28. Juni, zur Verfügung gestellt, allerdings im City-fernen Köpenick. Mehrere polizeiliche „Berlin-Verbote“ für angemeldete Kirchentagsteilnehmer wurden nach Interventionen kirchlicher Stellen wieder aufgehoben.

Der staatliche Argwohn bezog sich vor allem auf den „Kirchentag von unten“. Bei der Frühjahrstagung der Berlin-Brandenburgischen Kirche im April dieses Jahres war von Mitarbeitern aus der offenen kirchlichen Jugendarbeit und Mitgliedern kirchlicher Basisgruppen durch Flugblätter angekündigt, man werde während des Ost-Berliner Kirchentags einen „Kirchentag von unten“ abhalten; sie warfen der Kirche vor, sie sei zu bürokratisiert, entmündige die Gemeinden und versuche, unliebsame Gruppen zu zensieren bzw. in ihrer Wirksamkeit zu begrenzen. Ihre Ankündigung, eines der elf Kirchentagszentren zu besetzen, brauchten die Initiatoren des „Kirchentags von unten“ nicht wahrzumachen: Nach längerem Hin und Her wurden dem „Kirchentag von unten“ von der Kirchentagsleitung Räume einer Ost-Berliner Kirchengemeinde zur Verfügung gestellt. An den Veranstaltungen des „Kirchentags von unten“ nahmen etwa 1200 Menschen, meist Jugendliche teil: „Da sitzen 15- bis 40jährige in Jeansanzügen oder Lederkleidung, Frauen im schwarzen Schlapperkleid, Punks mit Nagelketten, Skinheads, andere langhaarig wie weiland die 68er Generation in der Bundesrepublik“ – so der Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ in seinem Bericht über den „Kirchentag von unten“ (FR, 29. 6. 87).

Bei einem Gespräch zwischen Vertretern der kirchlichen Basisgruppen und Repräsentanten der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung am vorletzten Tag des Ost-Berliner Protestantentreffens kamen die jeweiligen

Standpunkte klar zum Vorschein: Bischof *Gottfried Forck* (Ost-Berlin) bezeichnete es als „radikalen Unsinn“, zu sagen, der „Kirchentag von unten“ vertrete die kirchliche Basis, während der offizielle Kirchentag ein „Kirchentag von oben“ sei. Selbstverständlich verträten beide Veranstaltungen die kirchliche Basis. Der Bischof versicherte, die Kirchenleitung sei jederzeit bemüht, Leuten zu helfen, die in Schwierigkeiten geraten seien – auch und vor allem gegenüber dem Staat. Sprecher der Basisgruppen übten Kritik an den beträchtlichen Aufwendungen für den Kirchentag. Die Leitung der Kirche, so ein anderer Vorwurf, habe zwar gelernt, mit dem Staat zu reden und zu verhandeln; es falle ihr aber immer schwerer, das Gleiche auch mit Teilen der Basis zu tun. Wenn die Kirche die kritischen Gruppen verliere, verliere sie die Zukunft, meinte in dem Gespräch der Thüringer Pfarrer *Walter Schilling*.

Beim Abschlußgottesdienst am 28. Juni, zu dem etwa 30 000 Menschen kamen (er wurde vom ZDF direkt übertragen), trugen Teilnehmer des „Kirchentags von unten“ Spruchbänder mit Parolen wie: „Mehr Christlichkeit, Demokratie und Menschenrechte“, „Mündige Kirche, mündige Gesellschaft“, „Glasnost in Staat und Kirche“. In zugespitzter Form verwiesen diese Transparente auf eine Eigenart der DDR-Kirchentage: Sie bieten einen Freiraum, in dem DDR-Christen ihre Fragen und Probleme mit dem System artikulieren, ihren Hoffnungen und Wünschen Ausdruck geben können. So beklagten Teilnehmer an einem überfüllten Friedensforum in der Marienkirche (einer der Redner bei der Veranstaltung war *Carl-Friedrich von Weizsäcker*) die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, vor allem die Militarisierung in Kindergärten und Schulen. Die Zulassung zu Abitur und Universitätsstudium werde immer mehr von der aktiven Wehrbereitschaft abhängig gemacht. In der Arbeitsgruppe „Dialog zwischen Elternhaus und Schule“ kamen *Probleme mit dem staatlichen Bildungswesen* zur Sprache, wie sie auch bei DDR-Synodaltagungen im-

mer wieder vorgebracht werden: Charakterliche Fähigkeiten würden in der Schule zu gering bewertet, eigenständige Meinungen zu gesellschaftlichen Fragen nicht genügend anerkannt. Das DDR-Volksbildungsministerium wurde von der Arbeitsgruppe aufgefordert, sich zu einem Gespräch mit der evangelischen Kirche über Probleme im Bildungsbereich bereit zu erklären.

## Offener Meinungsaustausch in den Foren

Auf dem „Bischofsforum“ des Kirchentags, bei dem sich mehrere Bischöfe Fragen von Teilnehmern stellten, äußerte sich der Kirchenbunds-vorsitzende, Landesbischof *Werner Leich* (Eisenach), besorgt über die Praxis der DDR-Behörden, Bürgern unterhalb des Rentenalters Westreisen nur zu Verwandten zu genehmigen. Diese Praxis könne ein „Zwei-Klassen-Recht“ zur Folge haben. Er habe, so Leich, diese Befürchtung kürzlich auch dem für Kirchenfragen zuständigen Staatssekretär *Klaus Gysi* vorgetragen. Leich bezeichnete auch die Einführung eines Wehrersatzdienstes im zivilen Bereich als notwendig. Nur dies sei eine echte Alternative zum Wehrdienst.

In einem Forum, das sich mit dem KSZE-Prozeß beschäftigte, wirkte auch ein ranghoher DDR-Diplomat mit. *Ernst Krabatsch*, Hauptabteilungsleiter im Außenministerium, antwortete auf die Frage von Kirchentagsteilnehmern, wann von der DDR die Umgestaltungspolitik der Sowjetunion übernommen werde, mit dem Hinweis, der Sozialismus in der DDR sei nichts Statisches, er entwickle sich selbstverständlich. Auch am „Friedensforum“ nahm mit der Völkerrechtsprofessorin *Edith Oeser* von der Humboldt-Universität eine Kommunistin teil. Mit auf dem Podium saß hier auch Domkapitular *Dieter Grande* (Dresden), Sekretär der Kommission „Justitia et Pax“ in der DDR. Im Zusammenhang der Frage nach der katholischen Beteiligung auf

DDR- wie auf Weltebene an den Vorbereitungen für eine ökumenische Weltversammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, äußerte Grande, die Idee einer solchen Weltversammlung sei faszinierend, er sei aber skeptisch in bezug auf die Möglichkeiten eines solchen Unternehmens. Wenn sich der Vatikan für eine volle Beteiligung der katholischen Kirche am „Friedenskonzil“ entscheide, werde die katholische Kirche in der DDR auf Landesebene in gleicher Weise verfahren.

Die Foren, die fast durchweg auf großes Publikumsinteresse stießen, waren herausragender Teil des insgesamt etwa 200 Veranstaltungen umfassenden „Rahmenprogramms“ des Kirchentags. Alle Veranstaltungen im Rahmenprogramm konnten ohne Voranmeldung besucht werden. Das eigentliche nichtöffentliche *Arbeitsprogramm*, zu dem sich die Teilnehmer anmelden mußten, zog weniger Interessenten an, als die Organisatoren ursprünglich erwartet hatten. Die Zahl der Dauerteilnehmer, die in einer der elf über die Stadt verteilten Arbeitsgruppen mitarbeiteten, betrug nur etwa 5000. Themen der Arbeitsgruppen waren etwa: „Auf der Suche nach Geborgenheit“, „Gemeinschaft von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft“, „In Berlin unter der Verheißung des Evangeliums leben“ und „Leben und Wohnen in der neuen Stadt“. Den weitaus größten Andrang konnte man bei der Gruppe registrieren, die sich mit dem Verhältnis von Juden und Christen befaßte. Der Vorsitzende der nur wenige hundert Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinde von Ost-Berlin vertrat in der Arbeitsgruppe die Meinung, Antisemitismus sei in der DDR auch heute noch virulent vorhanden. Daß er nicht offen zum Ausbruch komme, habe weniger mit besserer Einsicht zu tun als mit der strengen DDR-Gesetzgebung.

In einer ersten Bilanz zum Kirchentag zeigte sich der Ost-Berliner Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe* zufriedener. Er hob den großen Anteil berufstätiger Laien mittleren Al-

ters an den Teilnehmern und Gästen hervor (der Anteil der Jugendlichen war in Ost-Berlin deutlich geringer als bei den Kirchentagen im Lutherjahr 1983) und wies auf das große Informationsbedürfnis hin, das sich gezeigt habe. Den staatlichen Stellen bescheinigte er im Zusammenhang mit dem „Kirchentag von unten“ neue Offenheit und größere Risikobereitschaft. Im übrigen sei es allerhöchste Zeit gewesen, einen Kirchentag in Ost-Berlin zu veranstalten. Der Ost-Berliner Generalsuperintendent *Günter Krusche* schrieb in einem Beitrag der „Neuen Zeit“ (Zentralorgan der DDR-CDU), der Kirchentag sei eine „Ermutigung“ gewesen und sei im ganzen störungsfrei verlaufen. Das Treffen habe bewiesen, daß es möglich sei, auf friedliche Weise auch heiße Fragen anzugehen.

## Das Gemeinschaftserlebnis war wichtig

Auch wenn Berlin kein Kirchentag der großen Zahlen war (in der Stadt war vom Kirchentag kaum etwas zu merken), das Gemeinschaftserlebnis eines solchen Treffens ist für DDR-Protestanten, die in zusammengeschrumpften und vielfach immer noch schrumpfenden Gemeinden leben, noch wichtiger als für ihre Glaubensbrüder in der Bundesrepublik. „Es ist schön, einmal alle zusammenzusehen, wir sind doch sonst nur eine kleine Gruppe“, diese Äußerung eines Kirchentagsteilnehmers hat ein bundesdeutscher Korrespondent notiert (Die Welt, 30. 6. 87). Das Gemeindeblatt „Potsdamer Kirche“ schrieb nach dem Kirchentag, dieser habe gezeigt, daß „leere Gottesdienste, unbesetzte Pfarrstellen und vom Einsturz bedrohte Kirchen offensichtlich nur eine Seite der kirchlichen Wirklichkeit“ seien.

Daß für die evangelischen Kirchen in der DDR aber *kein Anlaß zur Euphorie* besteht, das haben verschiedene Aussagen auf dem Kirchentag deutlich gemacht. Der frühere Magdeburger Bischof *Werner Krusche* warnte die DDR-Kirchen davor, mehr dar-

stellen zu wollen, als sie seien, und hielt ihnen vor, sie lebten über ihre Verhältnisse, wobei er auf die finanziellen Zuwendungen aus der Bundesrepublik verwies. Zum Eindruck, daß die Kirchen eine respektable und respektierte Größe seien, trage aber auch die Berichterstattung der Massenmedien über repräsentative kirchliche Ereignisse und Begegnungen mit staatlichen Repräsentanten bei. Pfarrer *Hans-Jürgen Schulz*, der Leiter des Wittenberger Predigerseminars, warnte in Berlin vor der Hoffnung auf eine „neue religiöse Welle“, die

den Rückgang der Mitgliederzahlen in den Kirchen aufhalten könnte. Einen Eindruck vom Mitgliederschwund vermittelten die Zahlen, die auf der Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche im Frühjahr vorgelegt wurden: Von den etwa 3,7 Millionen Einwohnern im Bereich der Landeskirche sind gegenwärtig noch rund 875 000 als Gemeindemitglieder registriert. 1971 hatte die Zahl der Kirchenmitglieder noch etwa 1,8 Millionen betragen. Die Zahl der Taufen sank von 8038 im Jahr 1971 auf 4426 im Jahr 1986.

U. R.

sein kann, daß Eruptionen, wie sie in letzter Zeit geschehen sind, nicht wieder vorkommen.“

Andere wichtige Themen des Ad-limina-Besuchs, die zum Teil nicht diskutiert werden konnten, waren der *Religionsunterricht* und die *theologischen Fakultäten* sowie die sensiblen Fragen der Empfängnisregelung und der Sakramentspendung an Wiederverheiratete. Die Ansprache des Papstes läßt erkennen, daß Johannes Paul II. an seinen bekannten Auffassungen in diesen Themenkreisen unverändert und ohne Abstrich festhält. Kommentar von Erzbischof Berg nach seiner Rückkunft: „Diese Frage ist in vielen Ortskirchen eine brennende Sorge. Daher auch die Aufforderung des Papstes, die seelsorgliche Zuwendung an diese Menschen zu verstärken. Daß die authentischen Aussagen des Lehramtes sich in dieser Frage innerhalb weniger Jahre grundlegend ändern könnten, wird derzeit niemand erwarten.“

## Österreich – Vatikan: Zwischenbilanz eines kirchlichen Konfliktes

„Wir sind überzeugt, daß es für den Papst keinen ‚Fall Österreich‘ gibt,“ erklärten übereinstimmend der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, der Salzburger Erzbischof *Karl Berg*, und der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber* nach dem Abschluß des *Ad-limina-Besuches* der österreichischen Bischöfe in Rom, dessen Verlauf von den Medien aufmerksam verzeichnet worden ist. Der Besuch sei in einer „verbindlichen und brüderlichen Atmosphäre“ verlaufen, und niemals habe er den Eindruck gehabt, daß der Papst die österreichischen Bischöfe „disziplinieren“ oder „zurechtweisen“ wollte, fügte Erzbischof Berg hinzu, der in den vergangenen Monaten Proben beachtlicher Besonnenheit und Standfestigkeit ablegte. Bischof Weber, der in sensiblen Fragen immer häufiger als inoffizieller Sprecher der österreichischen Bischöfe agiert, ergänzte in gleichem Sinn: „Wir fühlen uns nicht gerüffelt!“ Es gebe weder eine Spaltung zwischen den österreichischen Bischöfen und dem Papst noch eine Kluft zwischen den Bischöfen und den Katholiken in Österreich.

Tatsächlich kam es während des Ad-limina-Besuchs zu keinen ausdrücklichen Tadeln für irgendeine Position, die von der Kirche in Österreich eingenommen wird. Wohl aber läßt die

Themenwahl der Schlußansprache des Papstes an die österreichischen Bischöfe (vgl. d. Heft, S. 376) erkennen, wo es Unbehagen im Vatikan über Entwicklungen in Österreich geben dürfte. So legte der Papst den österreichischen Bischöfen mit Nachdruck ans Herz, sie sollten keinen Zweifel am Recht des Papstes zur *freien Ernennung von Bischöfen* aufkommen lassen. Dieses Recht wird in Österreich von niemandem, der ernst genommen werden möchte, bezweifelt. Wohl aber drängte sich durch die Art und Weise der jüngsten Bischofs-ernennungen in Österreich die Frage auf, wie Kandidaten für das Bischofsamt zu finden sind und auf welche Weise im Geist der vom Konzil geforderten *Kollegialität* derartige Ernennungen vor sich zu gehen haben. Ziemlich unbestritten ist es, daß es bei den letzten Bischofs-ernennungen in Österreich zu argen Fehlern und Versäumnissen vatikanischer Stellen in der Vorgangsweise gekommen ist, und die österreichischen Bischöfe haben in Rom darauf unmißverständlich aufmerksam gemacht. Aus Rom zurückgekehrt, sagte Bischof Weber zu diesem Problem: „Wir haben an verschiedenen Stellen, die damit befaßt sind, immer wieder darüber gesprochen, und ich hoffe schon, daß in Zukunft die Vorgangsweise eine solche

## Den Kern der Debatte freigelegt

In einer stürmisch verlaufenen öffentlichen Diskussionsveranstaltung in Linz äußerte wenige Tage später der neu ernannte Weihbischof von Wien, *Kurt Krenn*, zum gleichen Problem eine ganz andere Auffassung, indem er meinte, die Worte des Papstes beim Ad-limina-Besuch in Rom seien ein Auftrag an die österreichischen Bischöfe, „etwas in absehbarer Zeit zu äußern“, denn von „*Humanae vitae*“ dürfe nicht abgewichen werden. Der St. Pöltener Diözesanbischof *Franz Zak* widersprach der Forderung nach einer solchen „Äußerung“ ausdrücklich, und er dürfte damit einer Meinung mit den meisten anderen Bischöfen sein, die keine Notwendigkeit für eine Korrektur oder gar einen Widerruf der seinerzeitigen Erklärung der österreichischen Bischöfe zu „*Humanae vitae*“ sehen. Diese Erklärung stehe in keinem Gegensatz zu „*Humanae vitae*“, so meint man in Österreich, und sei im übrigen theologisch gut abgesichert.

Damit ist freilich der Kern der De-